

Pulsnitzer Tageblatt

Fernsprecher 18. Tel.-Nr.: 146
Postleitzahl: 2138. Giro-Konto 146
Bezirksanzeiger

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

Erscheint an jedem Werktag
Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen, hat der Besitzer letzten Anpruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0.65 RM bei freier Zustellung; bei Abholung wöchentlich 0.55 RM; durch die Post monatlich 2.60 RM freibleibend.



Anzeigen-Grundzahlen in Pfl: Die 41 mm breite Zeile (Mossé's Zeilenmesser 14) 1 mm Höhe 10 Pfl; in der Amtshauptmannschaft Kamenz 8 Pfl; ähnlich 1 mm 30 Pfl und 24 Pfl. Tabellarischer Satz 50% Aufschlag. — Bei zwangswiseiger Eingehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen gelangt der volle Stegungsbeitrag unter Wegfall von Preisnachlass in Auszahlung. Bis 1/20 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Kamenz des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt
Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortschaften des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz M. S., Großröhrsdorf, Bretzsch, Hauswalde, Ohorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Niederschlema, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Lichtenberg, Klein-Dittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von E. L. Förster & Erben (Inh. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 220

Mittwoch, den 19. September 1928

80. Jahrgang

Amtlicher Teil.

Bei dem am 24. vorigen Monats in Panschwitz getöteten Hund ist die Tollwut festgestellt worden.

Amtshauptmannschaft Kamenz, am 17. September 1928

haben im **Anzeigen Pulsnitzer Tageblatt großen Erfolg!**

Das Wichtigste

Der Chef der Marineleitung tritt Ende September von seinem Posten zurück. Freiherr v. Hünefeld ist mit einer Schwestermaschine der "Bremen" zu einem Flug gestartet. Wie aus Moskau gemeldet wird, ist in Leningrad das Gerichtsverfahren gegen die Bande der "Schwarzen Raben" abgeschlossen. Die Bande hat insgesamt über 150 Morde auf dem Gewissen. Sie stand unter der Führung einer Frau Menschikow. Das Gericht verurteilte vier Personen zum Tode, die übrigen zu mehrjährigen Gefängnisstrafen. Wie aus Moskau gemeldet wird, hat die S. B. U. ein geheimes Nonnenlokal in der Stadt festgestellt. Das Kloster war in einer Höhle untergebracht, die sich über 3 Kilometer hinzog. Die Einwohner des Klosters, insgesamt 34 Personen, sind verhaftet worden und sollen aburteilt werden.

Vertlige und sächsische Angelegenheiten

(Das Ministerialblatt) für die sächsische innere Verwaltung Nr. 18 vom 15. September enthält Bekanntmachungen über die Beglaubigung von Urkunden zur Vorlegung bei der persischen Regierung, über die Dienstleistung der staatlichen Polizei- und Gendarmeriebeamten, über die Verpflichtung von Sachverständigen gemäß § 36 Abs. 1 der Gewerbeordnung.

(Der Sommer 1928 der heißeste seit 17 Jahren.) Nach statistischen Erhebungen ist der heurige Sommer der heißeste seit 17 Jahren. Während der drei Sommermonate Juni, Juli und August wurden Temperaturen gemessen, die ans Tropische grenzen. So war die Höchsttemperatur, die bei uns festgestellt wurde, beinahe 50 Grad Celsius in der Sonne, ja an manchen sonnenbeschienenen Stellen mögen es sogar noch mehr gewesen sein. Die Schattenhöchsttemperaturen dürften die um 35 und 36 Grad gewesen sein. Nun sind wir gespannt, was für ein Winter einem so heißen Sommer folgen wird.

(Es ändern sich die Zeiten.) Wenn sonst der August oder der September ins Land gezogen kamen, dann pflegten in hiesiger Gegend die Gänsetreiber mit ihren Gänseherden eine siehende Erscheinung zu sein. Auch mit ihnen hat die neue Zeit aufgeräumt, und man kann ihr verschwinden als mit der Zeit des Weltkrieges zusammenfallend bezeichnen. Sie kamen zumeist aus Böhmen und fanden im freien Straßenhandel gute Aufnahme. Schon mit dem ersten Kriegsjahr war es mit diesem Handel vorbei, der in der Folge auch nicht wiedererwartet ist und wie so vieles der Vergangenheit angehört. Heute würde selbst der ins riesenhafte angewachsene Kraftfahrtverkehr solche veraltete Einrichtung nicht mehr dulden. Auch daran sieht man mit das Aufkommen einer neuen Zeit.

(Was kosten die Landstraßen?) In zweijähriger mühevoller Arbeit haben die Landstraßen-Unterhaltungspflichtigen soeben ihre langfristigen Pläne betreffend den Umbau der Landstraßen für den Automobilverkehr fertiggestellt. So läßt sich nunmehr für ganz Deutschland feststellen, wie groß der Bedarf an Geldmitteln für diese Aufgabe ist. Es war bisher unbekannt und man war auf Schätzungen angewiesen. Um die Gesamtsumme für ganz Deutschland gleich zu nennen, sei mitgeteilt, daß sie sich auf 4,8 bis 5 Milliarden Mark beläuft. Hierzu werden noch weitere große Erhöhungen eintreten, die von dem Tempo abhängen, in dem man Begräbnisse vornehmen und Umgehungsstraßen anlegen kann. Die Aufbringung dieser Verträge im Laufe der nächsten Jahre ist leider nicht zu vermeiden, weil sonst die Verbesserung der Strafenfahrbahn hinter der Zunahme des Automobilverkehrs noch weiter zurückbleibe. Das wäre gleichbedeutend mit der Verschwendung eines Teiles der Strafenunterhaltungskosten und von Automobil-Betriebs- und Kapitalkosten! Es kommt nun darauf an, die bisher aus der Kraftfahrzeugsteuer fließenden Bushälfte zu den allgemeinen Steuern der Begebaupflichtigen zu vermehren und vor allen Dingen Anleihen, auch Auslandsanleihen, einzulassen. Dies sind Forderungen, die auf der Tagung des Deutschen Landkreistages am 6. September in Rostock zur Erörterung kamen.

Das Reichskabinett billigt die Haltung des Reichskanzlers

Der Reichskanzler über das Ergebnis von Genf — "Graf Zeppelin" erste Fahrt — Der Tornado nähert sich New York

Berlin. Amtlich wird mitgeteilt:

Der Reichskanzler berichtete am Dienstag vormittag dem Reichskabinett über die in Genf geführten Verhandlungen. Das Reichskabinett billigte einstimig die Haltung des Reichskanzlers und der deutschen Delegation und dankte dem Reichskanzler für seine geschickte und taktfähige Führung der Verhandlungen.

Beginn der Räumungsverhandlungen im Oktober.

Zunächst auf dem Wege des Notenaustausches.

Genf. In Genfer gutunterrichteten Kreisen erwartet man, daß die diplomatischen Räumungsverhandlungen Mitte Oktober auf dem Wege eines Notenaustausches durch die Botschaften in den alliierten Hauptstädten beginnen werden. Während der Dezembertagung des Rates soll dann eine neue Zusammenkunft der sechs interessierten Mächte stattfinden, zu der Belgien ausdrücklich zugelassen werden soll, da die belgische Regierung an sich an der Dezembertagung des Rates als Nichtratsmitglied nicht teilnimmt. Auf dieser Zusammenkunft der sechs Mächte sollen dann die Ergebnisse des diplomatischen Notenaustausches bis zu diesem Zeitpunkt geprüft und die weiter zu ergreifenden Schritte in den Räumungsverhandlungen beraten werden.

Zunächst soll ein besonderer Ausschuß aus Vertretern der sechs Mächte eingesetzt werden, der gewissermaßen als erster Schritt der aufzunehmenden Verhandlungen anzusehen sei. Dieser Ausschuß soll die Einführung des vorgesehenen Sachverständigenausschusses für die Reparationsfrage sowie die Zusammenfassung, Arbeitsgebiet und Dauer der vorgegebenen Feststellungs- und Vergleichskommission prüfen und den alliierten Mächten Vorschläge unterbreiten. Nach einem diplomatischen Notenwechsel soll dann als weiterer Schritt die Einberufung einer

Konferenz der sechs interessierten Mächte zum Februar oder März nächsten Jahres in Aussicht genommen sein. Man erwartet, daß bis dahin der Sachverständigenausschuß für die Reparationsfrage bereits zu gewissen Ergebnissen gelangt sein wird, so daß auf dieser Konferenz der gesamte Komplex der Reparations- und Räumungsfrage zur Verhandlung gelangen könnte.

Der Reichskanzler über das Ergebnis von Genf.

Berlin. Reichskanzler Müller legte Vertretern der deutschen Presse am Dienstag abend seine Auffassung über das Ergebnis der Genfer Verhandlungen dar. Er fasste das Ergebnis dahin zusammen:

Erreicht wurde

1. daß zum ersten Male offiziell über die Räumung des Rheinlandes verhandelt wird;
2. daß offizielle Verhandlungen über die Reparationsfrage in Gang kommen.

Nicht erreicht wurde,

dab unsere Forderung auf sofortige Gesamträumung des Rheinlandes anerkannt wurde.

Der Reichskanzler legte besonderen Wert auf die Erklärung, daß er während der Verhandlungen nur von der Gesamträumung gesprochen habe und nicht von der Räumung der zweiten Zone. Nach seiner Meinung, verlieren die Verhandlungen über die Räumung der zweiten Zone, von Tag zu Tag mehr Wert, da ja die Zone ohnedies bald geräumt werden muß. Briand hat erst während der Verhandlungen die Räumung der zweiten Zone in die Debatte geworfen.

Der Reichskanzler erklärte ausdrücklich, daß er sich auf den Artikel 431 des Versailler Vertrages gestützt und immer wieder darauf hingewiesen habe, daß Deutschland all seinen Verpflichtungen pünktlich nachgekommen sei. Obwohl von Briand immer wieder versucht wurde, die Räumungs- mit der Reparationsfrage zu verknüpfen, hat die deutsche Delegation bis zuletzt diese Lösung abgelehnt. Diese Gegenseite

seien durch Vermittlung des englischen Delegierten Lord Cushendun beseitigt worden und man habe sich geeinigt, beide Fragen parallel zu behandeln.

Die Auffassung Briands, daß in wenigen Monaten eine Lösung der strittigen Fragen gefunden sein werde, teilt der Reichskanzler nicht. Vor allen Dingen sieht er Schwierigkeiten in der Frage der Amtsduer und Befugnisse der vorgefehnten "Feststellungs- und Ausgleichskommission". Reichskanzler Müller betonte, daß er in Genf nie von dem Standpunkt abgegangen sei, daß eine Kontrolle über 1935 hinaus gar nicht in Frage komme. Er habe außerdem erklärt, daß die Besetzung doch keine Berechtigung mehr habe, und als Briand darauf hinwies, daß Frankreich in der Besetzung eine Garantie für die Leistungen Deutschlands erblicke, habe er erklärt, daß dadurch Deutschlands Zahlungsfähigkeit auch nicht gehoben werden könnte.

Wie sich Briand die Kontrolle denkt, hat er, so erklärte der Kanzler, nicht gesagt. Das soll bei den kommenden Verhandlungen festgestellt werden. Auch der Zeitpunkt des Beginns der Räumungsverhandlungen steht bisher noch nicht fest.

"Graf Zeppelin" erste Fahrt.

Am Dienstag nachmittag 3½ Uhr gestartet und 6½ Uhr glücklich gelandet.

Friedrichshafen. Am Dienstag nachmittag gegen 3 Uhr wurden die beiden Flügel der Zeppelin-Halle geöffnet. Die Mannschaft sammelte sich an den Haltestellen. Im weiten Umkreis um das große Gebäude standen viele Hunderte von Menschen, die mit großer Spannung den historischen Augenblick erwarteten. Um 3.25 Uhr wurde das Luftschiff "D. L. 3. 127" aus der Halle gezogen und stieg 3.30 Uhr unter dem brausenden Jubel der anwesenden Menge auf. Das Luftschiff nahm Richtung nach Westen und kreiste in langsame Fahrt über dem Bodensee, um dann Richtung gegen Lindau einzuschlagen.

"Graf Zeppelin" landete von seiner ersten Probefahrt abends 6 Uhr 48 Minuten glatt.

Das Schiff wieder in der Halle

Dr. Eckener ist über die Werftätenfahrt äußerst befriedigt. Er erklärte, daß die Geschwindigkeiten die Erwartungen übertroffen hätten und daß man mit einer Marschgeschwindigkeit von 120 Stunden-Kilometern ohne weiteres rechnen dürfe. Auch die Steuerung habe vorzüglich funktioniert. Die Ventilation des Schiffes sei so gut, daß er am liebsten das Luftschiff zu einem Lufturoot machen würde. Die Geschwindigkeitsmessungen hätten auf der Strecke Friedrichshafen-Rabenburg stattgefunden. Die größte Höhe auf der Werftätenfahrt habe 1400 Meter betragen. Wie Dr. Eckener weiter erklärte, beabsichtigt er, die nächste Fahrt am Donnerstag auszuführen.

Sicherung der Felseninsel Helgoland.

Berlin. Gegen Ende dieses Monats wird, falls nicht ungewöhnliche Sturmfluten die Arbeit unterbrechen, der Bau einer etwa 300 Meter langen Schutzmauer auf der Nordostseite der Insel Helgoland fertiggestellt werden. Damit ist ein weiterer Schritt zur endgültigen Sicherung der gesamten Insel getan. Bereits in den Jahren vor dem Kriege wurde auf der Südwestseite der Insel eine etwa 970 Meter lange Schutzmauer erbaut, die verhüten soll, daß die infolge der Angriffe des Meeres und des Wetters vom Felsmassiv abspringenden Massen vom Meere zerrieben und fortgetragen werden. Mit Rücksicht auf die Felsabstürze an der Nordostseite der Insel erscheint es erforderlich, nunmehr den Fuß des Felsens an dieser Stelle zu sichern, zumal hier auf dem Ostrand Häuser und Gärten fast unmittelbar an den Steilabfall heranreichen. Die Kosten der neuen Mauer werden sich vorwiegend auf rund eine Million Rm. belaufen.